

Einverständniserklärung

Ich, _____, bin mit der Einholung von Auskünften bei den
(Vorname, Nachname)
für meinen Wohnsitz zuständigen Polizeidienststellen und der Verfassungsschutz-
behörde durch den Zentralen Auswahl- und Einstellungsdienst (ZAED) einverstan-
den (§ 12a LBG M-V). Gleiches gilt auch für Auskünfte meiner behandelnden Ärzte.

Die Auskunft erstreckt sich darauf,

- ob Erkenntnisse über gegen mich geführte polizeiliche oder staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren vorliegen oder ich verfassungsschutzrechtlich in Erscheinung getreten bin,
- ob aktenkundige Tatsachen darüber vorliegen, dass ich in einer Weise polizeilich bzw. verfassungsschutzrechtlich in Erscheinung getreten bin, die Zweifel an meiner Eignung für den Polizeivollzugsdienst aufkommen lassen,
- dass der polizeiärztliche Dienst personenbezogene medizinische Daten zur Feststellung meiner gesundheitlichen Eignung für den Polizeivollzugsdienst einholen kann (Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht).

Bei Erkenntnissen zu staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren erkläre ich mein Einverständnis, dass die Ermittlungsakten im Rahmen eines Übermittlungersuchens durch die zuständige Staatsanwaltschaft an den ZAED gesandt werden.

Die erteilten Auskünfte werden vertraulich behandelt und nur für den genannten Zweck genutzt sowie nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens gesperrt und nur bei einer Neubewerbung wieder verwendet. Spätestens nach fünf Jahren werden die Daten vernichtet.

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten zum Zwecke des Einstellungsverfahrens elektronisch gespeichert werden.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewerberin/des Bewerbers
(bei Minderjährigen eines Erziehungsberechtigten)